

Verlieren die Eltern ihr Vertrauen?

Belastungen und Politikvertrauen während der Corona-Pandemie nach Familienkontext

Sonja Bastin (Universität Bremen, Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik),
sbastin@uni-bremen.de

Kai Unzicker (Bertelsmann Stiftung, Projektleiter „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“)

Eingereicht für die IPW Working Paper Reihe, Ausgabe infolge:

FB8-Workshop: Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf 14 Monate Corona-Politik (?)

Die Erstveröffentlichung dieses Beitrags erfolgt in: EREV-Fachzeitschrift Evangelische Jugendhilfe, 1/2022.

Abstract: Familien erfahren in der Corona-Pandemie besondere Belastungen. Mit Daten des “Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt” der Bertelsmann Stiftung zeichnen wir die Belastungssituation von Eltern nach und stellen die Frage, ob diese in einer von Personen ohne Kinder abweichenden Entwicklung des politischen Vertrauens resultiert. Wir zeigen, dass Familien, und hier besonders Mütter und sozio-ökonomisch schlechter Gestellte, ein geringeres Vertrauen beziehungsweise größere Vertrauensverluste vorweisen als Personen, die nicht mit Kindern zusammenleben. Daraus entstehende gesamtgesellschaftliche Risiken und Handlungsbedarfe werden diskutiert.

Krisenpolitik, gesellschaftliches Vertrauen und die Familie

Die Politik hat seit März 2020 durch Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowie Instrumente zur Abfederung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen auf kaum gekannte Weise tief in gesellschaftliche Prozesse eingegriffen. Seitdem wird diskutiert, ob dabei die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen gleichermaßen berücksichtigt wurden. Diese Frage interessiert aus sozio-ökonomischer Perspektive, aber auch deshalb, weil individuell wahrgenommene Ungleichbehandlungen auf struktureller Ebene zu einem mangelnden Politikvertrauen und mithin zu einer Abnahme des gesellschaftlichen Zusammenhalts führen können (Faus/Storks 2019; Arant et al. 2017). Familien nehmen in dieser Hinsicht eine besondere Rolle ein.

Familien sichern aus Makroperspektive die biologische Reproduktion der Gesellschaft und deren Humanvermögen und stellen eines der wesentlichsten Elemente der Stabilisierung intergenerationaler Solidarität und Unterstützung dar (Huinink/Konietzka 2007). Vertrauensverluste in der Gruppe der Familien könnten sich in einer geringeren Bereitschaft zur Übernahme der genannten Funktionen sowie in einer direkten Vererbung an die nächste Generation äußern. Zudem haben Familien zwar nachweislich besondere Belastungen erfahren, aber die kulturell und institutionell festgeschriebene Individualisierung von Risiken aufgrund von Sorgeverpflichtungen könnte dazu führen, dass diese Belastungen als unvermeidbar und deshalb als gerecht wahrgenommen werden. In diesem Fall fielen sie für eine Politikbewertung nicht ins Gewicht.

Die Fragen, die uns hier bewegt, lauten: Sind bei Eltern von Kindern und Jugendlichen Vertrauensverluste in die Politik im Verlauf der Pandemie zu beobachten? Wie fallen diese im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen aus? Mit Hilfe von Paneldaten des “Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt” der Bertelsmann Stiftung wird diesen Fragen nachgegangen (Brand et al. 2021).

Zwischen Benachteiligung und Rollenkonformität

Die besonderen Belastungen von Familien durch die Pandemie sind mittlerweile vielfach belegt. Bezogen auf Kinder werden individuelle und volkswirtschaftliche Langzeitfolgen von Bildungsverlusten und psychosozialen Risiken aufgrund von Kita- und Schulausfall berichtet (für eine Übersicht siehe Bujard et al. 2021). Stärkere Benachteiligung erfahren Kinder und Jugendliche in besonderen Problemlagen und einkommensschwachen Haushalten (ebd. : 21, 66f). Eindrücklich ist auch, dass 2021 über 70 Prozent der Jugendlichen erwarteten, durch die Corona-Pandemie schlechtere Aussichten auf einen Ausbildungsplatz zu haben und sich der Anteil an Jugendlichen mit klinisch relevanten depressiven Symptomatiken bereits nach dem ersten Lockdown mehr als verdoppelt hatte - mehr als jede dritte junge Frau unter 20 weist diese vor (ebd. 2021: 28). Über 40 Prozent der Jugendlichen haben in der Pandemie den Eindruck, dass ihre Sorgen nicht gehört werden (Andresen et al 2021: 15). Einsamkeit und Zukunftssorgen sind ebenfalls in der jüngeren Generation stärker verbreitet (Brand et al. 2021).

In Bezug auf Eltern wird eine Abnahme von Gesundheit, Wohlbefinden und Lebenschancen beobachtet, unter anderem aufgrund der zusätzlichen Privatisierung von Sorgetätigkeiten im Zuge von Kita- und Schulschließungen. So hatten Eltern nicht nur wegbrechende Infrastrukturangebote aufzufangen, sondern waren (und sind noch immer) auch mit den oben geschilderten Benachteiligungen ihrer Kinder konfrontiert. Da angemessene alternative Unterstützungskonzepte ausblieben, gingen hiermit insgesamt geminderte Kapazitäten für Erwerbsarbeit (Zucco/Lott 2021) und eine Individualisierung der damit verbundenen, auch langfristigen, Folgen einher und/oder ein erhöhtes Risiko für mentale Überlastung (Fuchs-Schündeln/ Stephan 2020, vgl. für eine Übersicht Bujard et al 2021). Unsicherheiten hinsichtlich des Infektionsrisikos an Schulen und Kitas bei fehlendem bundeseinheitlichen Vorgehen führten zu einer zusätzlichen Individualisierung der Verantwortung für das Wohl aller Familienmitglieder (Bujard et al 2021). Mit Ausnahmen zeigen Studien, dass der Erschöpfungsgrad besonders hoch war, wenn beide Elternteile erwerbstätig waren, wenn von zu Hause gearbeitet wurde und/oder mehrere Kinder im

Haushalt lebten. Auch ein geringes Einkommen oder Bildungsniveau sind mit einem höheren Belastungslevel assoziiert. Alleinerziehende werden in einigen Studien als besonders betroffen identifiziert (ebd.), in anderen nicht (ebd., Hiekel/Kühn 2021, Craig/Churchill 2021). Eine Annahme ist, dass für Alleinerziehende häufiger Notbetreuungsplätze zur Verfügung standen (ebd.). Wie stark die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder wie auf Eltern miteinander verschränkt sind, wird auch daran deutlich, dass im Jahr 2020 ein Höchststand an häuslicher Gewalt und Kindeswohlgefährdung zu verzeichnen war (Statistisches Bundesamt 2021). Auch dies kann als Ausdruck einer gesellschaftlich alleingelassenen, überforderten Elternschaft verstanden werden (Clemens et al. 2021).

Da in unserer Gesellschaft Sorgeverantwortung nach wie vor überwiegend Frauen zugeschrieben wird und diese bereits vor der Pandemie hierdurch wirtschaftlich und/oder psychisch besonders belastet waren (BMFSFJ 2021a), tragen die genannten Dynamiken insbesondere zu einer Prekarisierung von Müttern bei (Kohlrausch/Zucco 2020, Zoch et al. 2020, Bujard et al. 2021). Hinzu kommt, dass Mütter, auch aufgrund ihrer Sorgeverantwortung, häufig in durch die Pandemiemaßnahmen verstärkt betroffenen Branchen, wie beispielsweise dem Einzelhandel und der Gastronomie sowie in unabgesicherten Arbeitsverhältnissen tätig sind. Schließlich erhöhten häusliche Quarantäne, die Betreuung von kleinen Kindern und bestehende finanzielle Sorgen das Risiko für Frauen während der Pandemie Opfer männlicher, häuslicher Gewalt zu werden (Ebert/Steinert 2020). Die gleichzeitig zunehmende ökonomische und soziale Abhängigkeit vom Partner, wirft ein besonderes Schlaglicht auf Alleinerziehende, deren Situation grundsätzlich als Gradmesser für unabhängige Lebenschancen von Frauen gesehen werden kann. All diese sich über den Lebenslauf hinweg kumulierenden individuellen Folgen für Mütter gefährden im Aggregat gleichstellungspolitische Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte.

Resümierend kann festgehalten werden, dass die Instrumente zur Abfederung der Corona-Folgen nicht geeignet waren, um Familien vor mehrfachen Belastungen zu schützen. Gruppenvergleiche legen zudem nahe, dass Kinder, Jugendliche, Väter und noch mehr Mütter gar zu den am meisten von den Belastungen der Pandemie betroffenen Bevölkerungsgruppen zählen (Hiekel/Kühn 2021, Hövermann 2021, Kowal et al. 2020, Brand et al. 2021).

Die Forschung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt identifiziert auch jenseits der Corona-Pandemie Frauen und insbesondere Alleinerziehende als besonders in ihren Teilhabechancen bedrohte Bevölkerungsgruppen (Dragolov et al 2020). Umgekehrt zeigt

sich, dass erfolgreiche Unterstützungsangebote für Familien einen positiven Effekt auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort haben (ebd.). Dies legt nahe, dass Belastungen für Familien womöglich zu einer Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen: geringere soziale Vernetzung, größeres Empfinden von Ungerechtigkeit, Enttäuschung und Abkehr von der Politik.

Gleichzeitig gilt in Deutschland familiäre Fürsorgearbeit in besonderem Maße als privat zu bewältigende Aufgabe, die als romantisierte “Arbeit aus Liebe” (Bock/Duden 1977) in ihrem Umfang und ihren Anforderungen abgewertet ist. Wie in anderen Industrienationen wurde dieses Verhältnis insbesondere im Rahmen der Industrialisierung verfestigt, indem Erwerbs- und Sorgearbeit verstärkt getrennt wurde sowie als zu bezahlen und nicht zu bezahlen definiert wurde. Sich daran orientierende Größen wie das Bruttoinlandsprodukt zementieren die Individualisierung und Marginalisierung von Sorgeverantwortung zusätzlich. So wird das Bruttoinlandsprodukt als wirtschaftliche Gesamtrechnung und häufig auch als “Wohlstandsindikator” genutzt und ist damit oft vorrangig bedeutsam für politische Entscheidungen, bei weitgehender gesellschaftlicher Akzeptanz. Da es tatsächlich aber nur Teile der gesellschaftlich geleisteten Arbeit und Produktion abbildet, übt diese Praxis beispielsweise auf die nicht integrierte innerhäusliche Produktion Druck aus. In Krisensituationen umso mehr. Hinzu kommt für Deutschland, dass Regulierungen und soziale Normen sich an vergleichsweise konservativen wohlfahrtsstaatlichen Logiken orientieren. Die Bevölkerung ist in diesem Sinne daran gewöhnt, dass familiäre Unterstützungen gemäß des Subsidiaritätsprinzips eingefordert werden bevor staatliche Leistungen für Einzelne greifen. Insbesondere in Westdeutschland wirken, im europäischen Vergleich starke, traditionelle Rollenerwartungen, die die Letztverantwortung für Kinder und Haushalt häufig bei Müttern sehen (Buber-Ennser/Panova 2014). Schon vor der Pandemie herrschte also ein unausgeglichenes, weitgehend akzeptiertes, Verhältnis zwischen der Last von Personen mit und ohne Kindern (vgl. auch Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen des BMFSFJ 2021) sowie zwischen Müttern und Vätern.

Familien im Verlauf der Pandemie

In Hinblick auf die vermutete Bewertung der Maßnahmen durch Familien ist zudem zu berücksichtigen, dass sowohl das Infektionsgeschehen als auch die politischen Reaktionen und der gesellschaftliche Diskurs einer erheblichen Dynamik unterworfen waren. In den ersten Wochen der Eindämmungsmaßnahmen im März und April 2020 wurde noch wenig über die spezifischen Herausforderungen für Kinder und Familien gesprochen.

Vielmehr herrschte eine allgemeine Stimmung des Miteinanders und der Solidarität (Brand et al. 2020). Es standen direkt messbare wirtschaftliche Folgen sowie die Situation der Arbeitenden in systemrelevanten Bereichen im Fokus - zu denen privat sorgearbeitende Eltern nicht hinzugerechnet wurden (Bastin 2020). Seitdem wurden etliche Instrumente zur Regulierung der Corona-Folgen implementiert und der Blick auch auf entstehende, sichtbar werdende und sich verstärkende soziale Ungleichheiten gerichtet. Es ist anzunehmen, dass auch aus Sicht der Familien im Laufe der Pandemie zuvor verdeckte Ungleichheiten offenkundiger geworden sind. So waren zu Beginn der ersten Lockerungen Biergärten und Möbelhäuser in Teilen Deutschlands eher wieder zugänglich als Schulen und Kitas. Unternehmenshilfen waren schneller verfügbar, effektiver und passgenauer ausgestaltet als Unterstützung für Eltern. Über den Sommer 2020 angekündigte Versprechen einer Priorisierung von Kindern, Kitas und Schulen wurden nicht gehalten. Zudem nahmen ökonomische Belastungen im Verlauf der Krise bis zum Winter zu - besonders Familien stellen diese vor Herausforderungen.

Erhebung zu Demokratievertrauen und Zusammenhalt im Pandemieverlauf

Im Jahr 2020 hat die Bertelsmann Stiftung im Februar und März, noch bevor die ersten einschneidenden Eindämmungsmaßnahmen eingeleitet wurden, über 3.000 Personen telefonisch befragt. Im Mai und Juni wurden 1.000 von diesen sowie im Dezember erneut 611 befragt. Somit liegen für diese letzten 611 Personen Informationen zu drei Messzeitpunkten vor (siehe auch Brand et al 2020, Brand et al 2021). Diese Daten wurden für den vorliegenden Beitrag mit dem Fokus auf Familien erneut ausgewertet. Dabei wurden fünf Befragtengruppen differenziert: (1) Befragte mit Kindern im Alter bis 15 Jahren, (2) jüngere Befragte bis 59 Jahre mit Kindern älter als 15 Jahre, (3) ältere Befragte über 59 Jahre mit Kindern älter als 15 Jahre, (4) jüngere Befragte bis 39 ohne Kinder und (5) ältere Befragte über 39 ohne Kinder (siehe Tabelle 1). Während die erste Erhebung aufgrund von Stichprobenziehung und -umfang repräsentativ für die deutsche Bevölkerung war, gilt dies für die beiden Nacherhebungen nicht mehr. Es können somit keine Aussagen über Verteilungen in der Gesamtbevölkerung getroffen werden, jedoch sind Aussagen über Veränderungen und über Unterschiede zwischen den untersuchten Gruppen durchaus zulässig. Für die Panelbefragung wurde eine entsprechende Gewichtung vorgenommen, die auch den hier präsentierten Ergebnissen zugrunde liegt.

Tabelle 1: Übersicht über die Untersuchungsgruppen, Welle 1 (Februar/März 2020), gewichtet und gerundet

Untersuchungsgruppe	Anteil		davon Frauen
	absolut	in %	in %
1. Kinder bis 15 Jahre (Durchschnittsalter Befragte 43,5 Jahre)	124	20,3 %	64,9 %
2. Kinder über 15 Jahre, Befragte bis 59 Jahre	95	15,5 %	41,8 %
3. Kinder über 15 Jahre, Befragte über 59 Jahre	172	28,1 %	51,3 %
4. Keine Kinder, Befragte bis 39 Jahre	143	23,5 %	47,6 %
5. Keine Kinder, Befragte über 39 Jahre	76	12,4 %	48,2 %

Die Ein-

teilung in die fünf Gruppen ist so erfolgt, dass sie bestimmte Lebensphasen abbildet und vergleichbar macht. Gruppe 1 stellt die typische Familienphase dar: mittleres Alter mit Kindern, die mutmaßlich im gleichen Haushalt leben. Gruppe 2 ist selbst älter und lebt vermutlich mit jugendlichen Kindern zusammen (leider gibt der Datensatz das konkrete Alter der Kinder nicht her). Die Gruppe 3 hat die Familienphase hinter sich und die Kinder sind wahrscheinlich erwachsen, während Gruppe 4 jünger und kinderlos ist und die Familienphase gegebenenfalls noch vor sich hat. Zahlreiche Befragte aus dieser Gruppe sind Studierende. Gruppe 5 wiederum ist voraussichtlich dauerhaft kinderlos.

Die empfundene Belastung durch die Pandemie

Dass die Corona-Pandemie für Familien belastender ist, zeigt bereits der Blick auf das Ausmaß der empfundenen Sorgen (siehe Tabelle 2). Im Sommer 2020 geben 44 Prozent der Befragten aus Gruppe 1 an, große Zukunftssorgen zu haben. In den anderen Gruppen sind es mit 10 bis 18 Prozent deutlich weniger. Zum Jahresende hin, als sich die Pandemielage wieder verschärft, nehmen in vier von fünf Gruppen die Zukunftssorgen deutlich zu. Mit 59 Prozent liegt die Gruppe 1 der Familien weiterhin vor den anderen, wobei die Gruppe 4, die jüngeren Kinderlosen, jetzt mit 52 Prozent fast aufgeschlossen hat.

Aber nicht nur die Sorge um die eigene Zukunft ist in der Gruppe 1 besonders stark ausgeprägt, sondern ebenso die Sorge um Personen in der eigenen Familie und dem engeren Umfeld: 83 Prozent der Befragten mit Kindern bis 15 Jahren geben im Dezember an, von diesen Sorgen umgetrieben zu werden. Höher liegt nur der Wert der älteren Kinderlosen (88 Prozent). Die drei anderen Gruppen rangieren zwischen 54 und 61 Prozent.

Die befragten Familien (Gruppe 1) sind ebenfalls deutlich stärker der Meinung, dass die Pandemie ihren Lebensstandard einschränkt und sind pessimistischer, was ihre persönlichen Lebensbedingungen in fünf Jahren angeht als die Vergleichsgruppen. Auch insgesamt bewerten sie die sozio-ökonomische Lage in Deutschland negativer als die anderen Gruppen, so stimmen sie der Aussage “Die Corona-Pandemie beschränkt die Chancen der “kleinen Leute” im Mittel stärker zu, als die anderen Gruppen. Kurzum: In den Befragungsdaten bestätigen sich die bereits oben skizzierten besonderen Belastungslagen für Familien.

Tabelle 2: Belastungen in der Corona-Pandemie je Untersuchungsgruppe (Mittelwerte) im Zeitverlauf

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gruppe 5
	Kinder bis 15 Jahre	Kinder über 15 Jahre, Befragte bis 59 Jahre	Kinder über 15 Jahre, Befragte über 59 Jahre	Keine Kinder, Befragte bis 39 Jahre	Keine Kinder, Befragte über 39 Jahre
Sehr große Sorgen um die eigene Zukunft [0-nicht genannt 1-genannt]					
Mai/Juni 2020	0,44	0,18	0,10	0,25	0,11
Dezember 2020	0,59	0,10	0,26	0,52	0,39
Sorgen um Personen in Familie und Umfeld [0-nicht genannt 1-genannt]					
Mai/Juni 2020	0,74	0,42	0,61	0,71	0,62
Dezember 2020	0,83	0,54	0,63	0,61	0,88
Ich erwarte durch die Corona-Pandemie eine Einschränkung des Lebensstandards [1-stimmt gar nicht 5-stimmt völlig]					
Mai/Juni 2020	3,11	3,12	2,94	2,54	2,49
Dezember 2020	3,70	2,76	2,89	3,38	2,34
Lebensbedingungen in 5 Jahren [1-sehr schlecht 10-sehr gut]					
Mai/Juni 2020	6,85	7,57	6,45	7,3	7,3
Dezember 2020	6,22	7,70	6,54	7,06	7,37
Die Corona-Pandemie beschränkt die Chancen der „kleinen Leute“ [1-stimmt gar nicht 5-stimmt völlig]					
Mai/Juni 2020	3,75	3,23	3,53	3,69	2,88
Dezember 2020	4,14	2,57	3,66	3,61	2,90

Politische Einstellungen

Spiegeln sich nun die empfundenen Belastungen von Eltern in ihren politischen Einstellungen wider?

Tabelle 3 zeigt jeweils die Mittelwerte der Antworten in den unterschiedlichen Gruppen zu den verschiedenen Messzeitpunkten. Dabei ist anzumerken, dass nicht alle Fragen zu allen Messzeitpunkten gestellt wurden. Insgesamt zeigen sich auffällige Unterschiede zwischen den fünf Gruppen. Teils verstärken sich Unterschiede im Verlauf, teils entstehen sie erst. So weist die Gruppe 1, mit Kindern bis 15 Jahren, zu Beginn des Jahres keine besonderen Differenzen beim Vertrauen in die Bundesregierung zu den anderen Gruppen auf. Im Sommer, als alle Gruppen einen Anstieg des Vertrauens verzeichnen, fällt dieser in Gruppe 1 jedoch bereits eher schwach aus. Im zweiten Halbjahr sinken bzw. stagnieren die Vertrauenswerte in allen Gruppen. Der Rückgang in der Gruppe 1 ist aber am stärksten, sodass diese am Ende des Jahres das mit Abstand geringste Vertrauen in die Bundesregierung aufweist. Gleichzeitig liegt es noch immer höher als zu Jahresbeginn. Ähnlich ist die Entwicklung vom Sommer bis zum Jahresende im Hinblick auf die Landesregierungen. Im Kontrast dazu, sind die Vertrauenswerte für die lokale Verwaltung über das ganze Jahr hinweg eher stabil oder ansteigend, auch in der Gruppe 1.

Bei der Demokratiezufriedenheit beobachten wir eine Verstärkung bestehender Unterschiede. Eltern mit Kindern bis 15 Jahren gehen bereits mit geringerer Demokratiezufriedenheit als die anderen Gruppen in die Pandemie hinein. Anschließend steigt die Zufriedenheit in allen Gruppen zum Sommer hin und geht unter Eltern zum Jahresende wieder zurück. Während die Demokratiezufriedenheit für Eltern mit Kindern oder Jugendlichen im Haushalt (Gruppen 1 und 2) am stärksten zurückgeht und gar unter das Niveau zu Beginn der Pandemie fällt, steigt sie unter kinderlosen Personen über 40 gar an. Konsistent zu diesen Befunden nimmt die Gruppe 1 größere Einschränkungen der eigenen Rechte durch die Maßnahmen wahr als die anderen Gruppen.

Auch jenseits der konkreten Politik, im Hinblick auf die Bewertung der allgemeinen gesellschaftlichen Situation weichen Familien von den anderen Gruppen ab: Sie sehen am Ende des Jahres eine größere Gefährdung des Zusammenhalts, bewerten den Zusammenhalt vor Ort etwas schlechter und empfinden die Pandemie häufiger als eine Belastung für das Zusammenleben als die anderen Gruppen. Auffällig ist dabei jedoch eine positive Abweichung der Familien: Die innergesellschaftliche Solidarität bewerten sie - ähnlich wie Gruppe 2 und 5 - eher positiv.

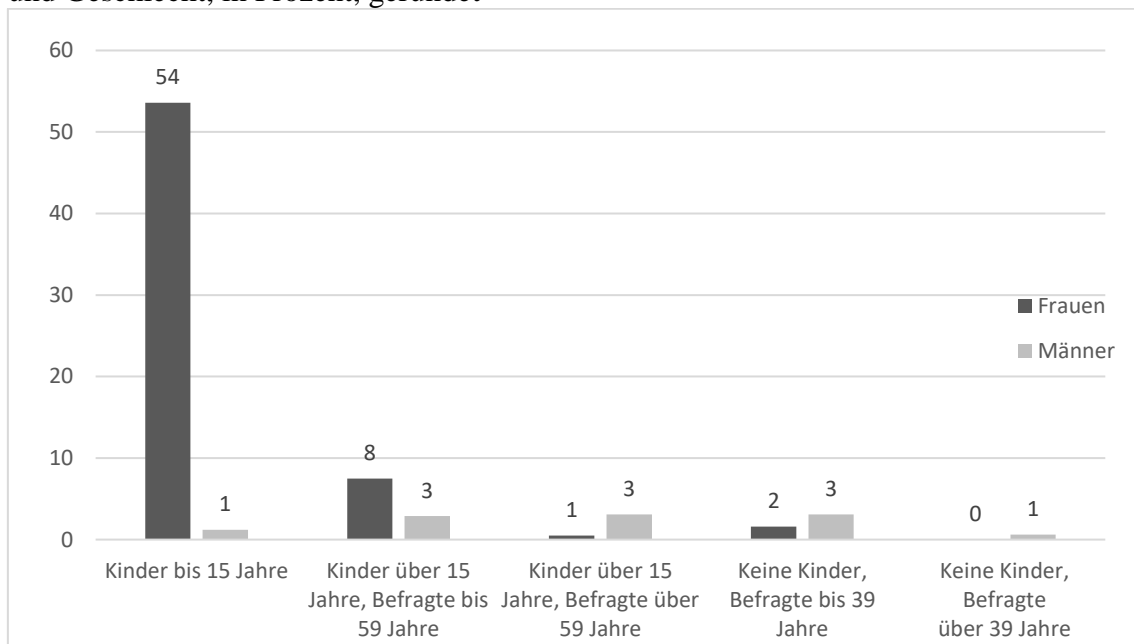
Tabelle 3: Politische Einstellungen je Befragtengruppe (Mittelwerte) im Zeitverlauf

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gruppe 5
	Kinder bis 15 Jahre	Kinder über 15, Befragte bis 59 Jahre	Kinder über 15 Jahre, Befragte über 59 Jahre	Keine Kinder, Befragte bis 39 Jahre	Keine Kinder, Befragte über 39 Jahre
Vertrauen in die Bundesregierung [1-überhaupt kein Vertrauen 5-sehr großes Vertrauen]					
Februar/März 2020	2,61	2,39	2,95	2,74	2,77
Mai/Juni 2020	3,22	3,41	3,57	3,28	3,65
Dezember 2020	2,65	3,19	3,25	3,03	3,66
Vertrauen in die Landesregierung [1-überhaupt kein Vertrauen 5-sehr großes Vertrauen]					
Februar/März 2020	3,26	3,42	3,47	3,21	3,53
Welle 3	2,89	3,33	3,19	3,24	3,74
Vertrauen in die Stadt-, Kreis-, Gemeindeverwaltung [1-überhaupt kein Vertrauen 5-sehr großes Vertrauen]					
Februar/März 2020	3,36	2,65	3,42	3,21	3,69
Mai/Juni 2020	3,34	3,08	3,45	3,45	3,61
Dezember 2020	3,36	3,16	3,34	3,34	3,87
Zufrieden mit der Demokratie [1-stimmt gar nicht 5-stimmt völlig]					
Welle 1	3,07	3,63	3,61	3,12	3,73
Mai/Juni 2020	3,29	3,74	3,82	3,46	4,11
Dezember 2020	2,91	3,35	3,67	3,35	4,08
Bürger- und Freiheitsrechte werden eingeschränkt [1-stimmt gar nicht 5-stimmt völlig]					
Mai/Juni 2020	3,46	3,05	2,48	2,43	2,52
Dezember 2020	3,68	3,16	2,40	2,63	2,18

Abbildung 1 verweist zudem darauf, dass eine Großzahl der Mütter mit Kindern bis 15 Jahren Zukunftssorgen und gleichzeitig Vertrauensverluste aufweisen. Weitaus mehr als

jede andere Gruppe. Trotz der geringen Fallzahlen und der fehlenden Repräsentativität weisen die Ergebnisse hier also auf deutliche Geschlechter-, und Lebensphasenunterschiede hin, die vermutlich mit der Fürsorgeverantwortung für Kinder zusammenhängen.

Abbildung 1: Rückgang des Vertrauens in die Bundesregierung zwischen Februar/März und Dezember 2020 und gleichzeitiges bestehen von Zukunftssorgen nach Lebensphase und Geschlecht, in Prozent, gerundet



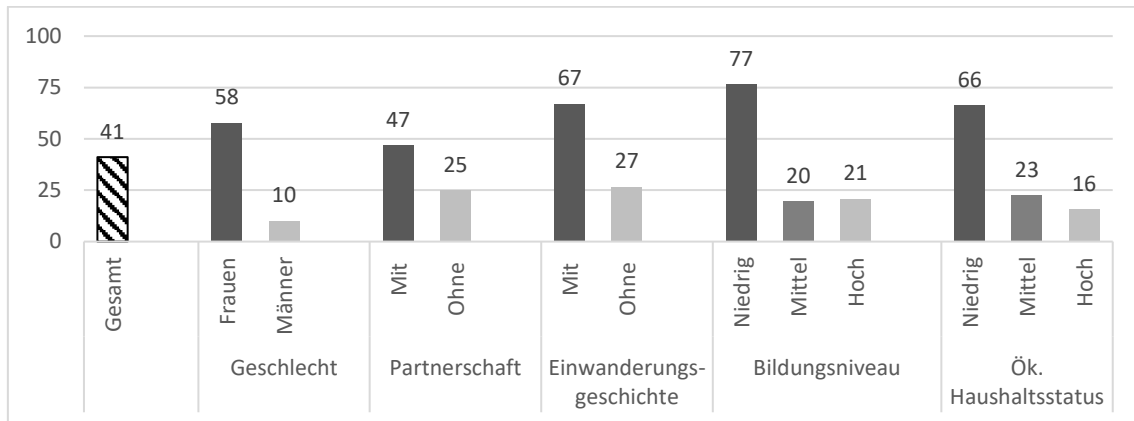
Differenzierter Blick auf die Befragten mit Kindern bis 15 Jahre

Differenziert man die Befragten der hier besonders fokussierten Gruppe der Eltern mit Kindern bis 15 Jahre (Gruppe 1), nach weiteren sozio-demographischen Merkmalen, wird sichtbar, dass sie hinsichtlich der Entwicklung ihres Vertrauens in die Bundesregierung auch jenseits der Geschlechtszugehörigkeit eine heterogene Gruppe sind (siehe Abbildung 2).

Wie bereits in Abbildung 1 angedeutet, zeigt sich, dass Mütter deutlich stärker als Väter Vertrauen einbüßen. Zudem sind es insbesondere Elternteile ohne Partnerschaft (in der Regel Alleinerziehende), Eltern mit Einwanderungsgeschichte, niedrigem Bildungsniveau und/oder niedrigem Haushaltseinkommen, die im Dezember 2020 niedrigere Vertrauenswerte in die Bundesregierung aufweisen als noch kurz vor Einführung der Eindämmungsmaßnahmen. Entsprechende Tendenzen lassen sich weitgehend auch für die Gesamtbevölkerung finden (Brand et al. 2021). Die eingangs beschriebenen Verstärker ökonomischer und sozialer Belastungen von Familien spiegeln sich hier im Großen und

Ganzen wieder - gleichwohl lassen sich eine Reihe von Faktoren aufgrund der Datenlage nicht näher untersuchen.

Abbildung 2: Rückgang des Vertrauens in die Bundesregierung von Eltern mit Kindern bis 15 Jahren zwischen Februar/März und Dezember 2020 nach sozio-demographischen Merkmalen, in Prozent, gerundet



Das elterliche Vertrauen ist angeknackst. Tendenz steigend?

Unsere Analysen unterstützen bisherige Befunde, nach denen Familien in der Corona Pandemie besonders belastet sind. So äußert mehr als die Hälfte der im Dezember 2020 befragten Mütter von Kindern bis 15 Jahren große Sorgen und gleichzeitig ein geringeres Vertrauen in die Bundespolitik als vor Beginn der Eindämmungsmaßnahmen.

Insgesamt zeigt sich, dass Institutionenvertrauen und politische Zufriedenheit während der Sommermonate 2020 in allen Gruppen gewachsen sind und in einigen Gruppen anschließend abnehmen. Gleichzeitig ist hier spätestens zum Winter hin teils eine Ausdehnung von bereits vor der Pandemie bestehender Ungleichheit bzw. teils eine nun entstehende Ungleichheit zwischen Personen mit Kindern und ohne Kinder im Haushalt zu beobachten. Besonders Eltern mit geringerem sozio-ökonomischem Status und/oder mit Einwanderungsgeschichte weisen ein abnehmendes Vertrauen auf. Mit Abstand sind Mütter stärker als Väter von Vertrauensverlusten betroffen und Alleinerziehende stärker als Paareltern.

Dass das abnehmende elterliche Institutionenvertrauen insbesondere auf Mütter zurückzuführen ist, ist mit den eingangs geschilderten theoretischen Überlegungen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowie der (strukturell bedingt häufig damit einhergehenden) größeren mütterlichen Vulnerabilität hinsichtlich unabhängiger Lebenschan-

cen zu plausibilisieren. So liegen die familienspezifischen kurz- und langfristigen Belastungen, Auswirkungen und Sorgen noch immer vielfach insbesondere auf den Schultern der Mütter. Die Befunde unterstreichen, dass Familien nicht als homogene Einheiten, sondern als Systeme aus Elementen mit je sehr eigenen Gefährdungspotenzialen zu betrachten sind. Und dass die gesellschaftspolitische Unterstützung der Unabhängigkeit von Müttern weiterhin deutlichen Verbesserungsbedarf zeigt.

Die im Niveau auf den ersten Blick eher geringen Abfälle von Zufriedenheit mit und Vertrauen in Politik und Demokratie unter Eltern sind nach einer Kontextualisierung als durchaus deutlich zu interpretieren: So zeigen sich eindeutige Tendenzen, obwohl es uns aufgrund fehlender Informationen oder geringer Fallzahlen nicht möglich ist, (weitere) besonders gefährdete Familien gesondert zu betrachten. Merkmale wie Wohnungsgröße, Anzahl oder Alter der Kinder, regional geltende Beschränkungen, Zugang zu Notbetreuung oder Unterstützung durch das Umfeld, Arbeitskonstellation des Elternpaares oder Zugehörigkeit zur Risikogruppe eines der Haushaltsmitglieder konnten in diesem Sinne nicht in die Untersuchung einbezogen werden. Zudem waren die Pandemie sowie damit zusammenhängende Einschränkungen zum dritten Erhebungszeitpunkt, im Dezember 2020, keinesfalls beendet. Gerade Familien erlebten über etliche weitere Monate starke Belastungen aufgrund unzuverlässiger Strukturen und mangelnder Planungssicherheit sowie eine erneut ungenügende Berücksichtigung in der politischen Kommunikation und Entscheidungsfindung. Etwa blieb bei der Festlegung der Impfpriorisierung unberücksichtigt, dass Familien nicht nur eine Vielzahl nicht vermeidbarer Kontakte haben (Mahler 2021), sondern auch eine stärkere Belastung durch die Gesamtsituation oder drohende Quarantänen. Regelungen zu Tests und Lockerungen erhöhten abermals den Infektions- und Eindämmungsdruck auf Kinder und Familien, während die vielfach nachgewiesenen Lasten kaum noch Repräsentanz in den Wahlkampfmonaten im Sommer 2021 fanden. Vor diesem Hintergrund und der oben dargestellten Situation, in der Strukturen eine Kultur geformt haben, die familiale Belastungen individualisieren und Ungerechtigkeitsempfinden tendenziell damit eher verringert, sind die beobachteten Gruppenunterschiede bis Dezember 2020 als substantiell zu betrachten und es ist nicht auszuschließen, dass sie bis heute gewachsen sind.

Trotz der eingeschränkten Datenlage zeigen unsere Verlaufs- und Gruppenanalysen wie auch unsere theoretischen Überlegungen, dass Eltern, und hier insbesondere Mütter, eine hinsichtlich des Demokratievertrauens und der politischen Zufriedenheit herausstechende

Gruppe sind, die sensibel auf potenziell vernachlässigende gesellschaftspolitische Dynamiken reagieren. Daraus ergeben sich für uns insbesondere zwei Schlussfolgerungen: Erstens empfehlen wir gerade auch in familienformbezogenen, international vergleichenden Längsschnitterhebungen Fragen zum Institutionenvertrauen über den Lebenslauf hinweg systematischer nachzugehen. Eine sich anschließende Fragestellung ist zum Beispiel, inwiefern konservative Einstellungen mit geringerem politischen Unmut auf tatsächliche familiäre Lastenvergrößerungen einhergeht. Dies mag zu größerer Akzeptanz und stärkerem gesellschaftlichem Zusammenhalt führen, in der Folge aber auch zu einer Festigung von für Familien, und hier insbesondere für Kinder und Frauen, nachteiligen politischen Entscheidungspraxen. Dies zöge weitere Fragen hinsichtlich der Funktionsfähigkeit bestehender demokratischer Prozesse nach sich.

Zweitens verweisen unsere Befunde auf gesamtgesellschaftliche Implikationen. Familie übernimmt eine Basisfunktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Reproduktion als Ganzes. Die zu verzeichnenden Vertrauensverluste in die staatlichen Institutionen innerhalb dieser Gruppe, bergen die Gefahr besonders nachhaltige Effekte zu haben - sowohl darauf wie leistungsfähig Familie den genannten Funktionen nachkommt als auch darauf, welche Einstellungen politischer Legitimität an die nächste Generation weitergegeben werden. Unsere Befunde unterstreichen die Notwendigkeit einer gesellschaftspolitischen Aufarbeitung des Umgangs mit Eltern und Kindern in der Pandemie. Hierzu zählt auch die Erarbeitung angemessener geschlechtersensibler Anerkennungs- und Entlastungsstrategien - innerhalb wie auch außerhalb von Krisenzeiten. Beispiele für Elemente solcher Strategien sind hier eine tatsächlich priorisiert verlässliche und sichere Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, Unterstützung durch Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen und flexible, gegen Diskriminierung langfristig abgesicherte Möglichkeiten zur Erwerbsreduktion zur Übernahme von Sorgetätigkeiten bei vollem Lohnausgleich.

Literatur

Andresen, Sabine/Heyer, Lea/Lips, Anna/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2021): Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Arant, Regina/Dragolov, Georgi/Boehnke, Klaus (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

- Bastin, Sonja (2020): Die Systemrelevanz von unbezahlter Elternarbeit. In: Themenportal Gender, Jugend. Friedrich Ebert Stiftung. Blogartikel am 21.04.2020. Text abrufbar unter: <https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend-senioren/gender-matters/gender-blog/beitrag-lesen/die-systemrelevanz-von-unbezahlter-elternarbeit> (Zugriff am: 12.10.2021).
- Brand, Thorsten/Follmer, Robert/Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Brand, Thorsten/Follmer, Robert/Hölscher, Jana/Unzicker, Kai (2021): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie. Ergebnisse einer Längsschnittstudie in Deutschland 2020 mit drei Messzeitpunkte. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe - Liebe als Arbeit : zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.), Frauen und Wissenschaft : Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin: Courage Verlag, 118-199.
- Buber-Ennser, Isabella/Panova, Ralina (2014). Attitudes towards Parental Employment across Europe, in Australia and in Japan. Vienna Institute of Demography Working Papers 5/2014, Österreich: VID.
- Bujard, Martin/von den Driesch, Ellen/Ruckdeschel, Kerstin/Laß, Inga/Thönnissen, Carolin/Schumann, Almut/Schneider, Norbert F. (2021): Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Bundesministerium für Familien Senioren, Frauen und Jugend (2021a): Kinder, Haushalt, Pflege – wer kümmert sich? Ein Dossier zur gesellschaftlichen Dimension einer privaten Frage. Berlin: BMFSFJ.
- Bundesministerium für Familien Senioren, Frauen und Jugend (2021b): Allein- und getrennt Erziehende fördern und unterstützen. Text abrufbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/chancen-und-teilhabe-fuer-familien/alleinerziehende/> (Zugriff am: 12.10.2021).

- Clemens, Vera/Andresen, Sabine/Fegert, Jörg M. (2021): Den Kreislauf der Gewalt durchbrechen. In: Spieß, Katharina C./Deckers, Daniele/Fegert, Jörg M. (Hrsg.), Politikberatung kompakt. Zusammenhalt in Corona-Zeiten: familienwissenschaftliche Perspektiven, Berlin: DIW Berlin, 42-39.
- Craig, Lynn/Churchill, Brendan (2021): Unpaid Work and Care During COVID-19: Subjective Experiences of Same-Sex Couples and Single Mothers in Australia. In: *Gender & Society*, 35(2), 233-243.
- Dragolov, Georgi/Arant, Regina/Boehnke, Klaus/Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Ebert, Cara/Steinert, Janina (2020): Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. Text abrufbar unter: https://www.gesine-intervention.de/wp-content/uploads/Zusammenfassung-der-Studienergebnisse_6_2020.pdf (Zugriff am: 12.10.2021).
- Faus, Rainer/Storks, Simon (2019): Gesundes Misstrauen oder Vertrauenskrise? In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 62-93.
- Fuchs-Schündeln, Nicola/Stephan, Gesine (2020): Bei drei Vierteln der erwerbstätigen Eltern ist die Belastung durch Kinderbetreuung in der Covid-19-Pandemie gestiegen. IAB-Forum. Onlineartikel am 18.08.2020. Text abrufbar unter: <https://www.iab-forum.de/bei-drei-vierteln-der-erwerbstaetigen-eltern-ist-die-belastung-durch> (Zugriff am: 12.10.2021).
- Hiekel, Nicole/Kühn, Mine (2021): Mental health before and during the COVID-19 pandemic: The role of partnership and parenthood status in growing disparities between types of families. MPIDR Working Paper WP 2021-013, Rostock: MPIDR.
- Huinink, Johannes/Dirk, Konietzka (2007): Familiensoziologie. Eine Einführung. Frankfurt/New York: Campus.
- Hövermann, Andreas (2021): Belastungswahrnehmung in der Corona-Pandemie. Erkenntnisse aus vier Wellen der HBS-Erwerbspersonenbefragung 2020/21, WSI

Policy Brief, No. 50, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI).

Kohlrausch, Bettina/Zucco, Aline (2020): Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt: Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit, WSI Policy Brief, No. 40, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI).

Kowal, Marta/Coll-Martín, Tao/Ikizer, Gözde/Rasmussen, Jesper/Eichel, Kristina/Studzinska, Anna/Koszałkowska, Karolina/Karwoski, Maciej/Najmussaib, Arooj/Pankowski, Daniel/Lieberoth, Andreas/ Ahmed, Oli (2020): Who is the Most Stressed During the COVID-19 Pandemic? Data from 26 Countries and Areas. In: Applied psychology Health and well-being 12 (4), 946–966.

Mahler, Michaela (2021): Eltern sind der letzte Rest. In: magZWEI. Texte über Gesellschaft. Blogartikel am 19. März 2021. Text abrufbar unter: <https://www.magzwei.de/eltern-sind-der-letzte-rest/> (Zugriff am: 12.10.2021).

Statistisches Bundesamt (2021): Pressemitteilung Nr. 350 vom 21. Juli 2021: 9% mehr Fälle: Jugendämter melden 2020 Hochstand an Kindeswohlgefährdung. Text abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/07/PD21_350_225.html (Zugriff am: 12.10.2021).

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019): Familiengerechtigkeit in den Sozialversicherungen. Ein Diskussionsbeitrag. Essay. Berlin: BMFSFJ.

Zoch, Gundula/Bächmann, Ann-Christin/Vicari, Basha (2020a): Care-arrangements and parental well-being during the covid-19 pandemic in Germany. LifBi working paper. 91/2020, Bamberg: Leibniz Institute for Educational Trajectories.

Zucco, Alina/Lott, Yvonne (2021): Stand der Gleichstellung. Ein Jahr mit Corona. WSI Report Nr. 64/03/2021. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.